

Altenpflege: So lässt sich das Heimsterben stoppen

*Pressekonferenz des Arbeitgeberverbands Pflege
am 16. März 2023 um 10.00 Uhr
Hotel Albrechtshof*

Ihre Gesprächspartner
Thomas Greiner, Präsident
Isabell Halletz, Geschäftsführerin

Altenpflege: So lässt sich das Heimsterben stoppen



- Die Lage der Altenpflege ist ernst. Wer mit der Altenpflege zu tun hat, als Pflegekraft oder Heimbetreiber, Pflegebedürftige oder Angehörige, weiß das. Aber in Politik, Medien und breiter Öffentlichkeit ist es noch nicht wirklich angekommen.
- Der Druck auf die Altenpflege kommt von allen Seiten: Die Eigenbeiträge der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen erreichen neue Höchststände, die hohe Inflation lässt die Kosten explodieren, Pflegefachkräfte werden händeringend gesucht, die Fachkräftezuwanderung wird bürokratisch verbummelt und Pflegeheime müssen wegen Insolvenz schließen.
- Wir rauschen ungebremst in die Versorgungskatastrophe, wenn die Politik weiterhin tatenlos zuschaut. Sie muss jetzt in den Krisenmodus schalten und handeln, sonst wird es in Deutschland ein Heimsterben geben. Die Leidtragenden wären die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen.
- Wir müssen uns in der Pflegepolitik von Illusionen verabschieden und der Wirklichkeit zuwenden. Derzeit kalkulieren wir mit Belegungszahlen, die nicht mehr stimmen, mit Personal, das wir nicht haben, und betrachten uns als Magnet für ausländische Fachkräfte, der wir nicht sind. Altenpflege ist ein sensibles und emotionales Thema, aber mit Realitätsverweigerung ist niemandem geholfen.

Drei Dinge müssen jetzt angepackt werden:



1. Finanzspritzen gegen das Heimsterben
2. Abschied vom Goldstandard beim Personal
3. Gesetze nicht nur machen, sondern auch einhalten

1. Finanzspritzen gegen das Heimsterben



Corona und Personalmangel haben dazu geführt, dass die Belegung zu niedrig ist. Die Folge: Die Einnahmen brechen weg.

Die durchschnittliche Belegung liegt nach einer aktuellen Umfrage bei unseren Mitgliedsunternehmen bei lediglich 82 Prozent. Sie müsste aber bei 96 bis 98 Prozent liegen, um die gesetzlich vorgeschriebene wirtschaftliche Betriebsführung zu ermöglichen. Die ist aktuell und voraussichtlich auch bis Ende des Jahres 2023 nicht möglich.

Die Pflegeunternehmen schreiben Verluste, die zu katastrophalen Konsequenzen führen, von Betriebsaufgaben bis hin zu Insolvenzen. Hier muss der Staat mit Finanzhilfen einspringen, sonst droht ein Heimsterben. Ferner müssen wir weg von illusorischen Belegungszahlen als Berechnungsgrundlage, die nicht mehr erfüllbar sind.

2. Abschied vom Goldstandard beim Personal



Alle reden vom Arbeitskräftemangel, aber in der Altenpflege werden Personalvorgaben gemacht, als gäbe es in den Heimen eine Bewerberschwemme. Hier wird mit Phantom-Pflegekräften geplant – bis zum bösen Erwachen, wenn die Betreiber wegen Personalmangel das Heim schließen müssen.

Schon jetzt führt der Fachkräftemangel dazu, dass frei gewordene Pflegezimmer und Betten nicht neu belegt werden können. Für leere Betten erhalten die Pflegeunternehmen aber kein Geld, sondern müssen die laufenden Betriebs- und Investitionskosten wie Miete und Instandhaltungen allein tragen. Der Goldstandard beim Personal passt nicht mehr zur Realität. Da wir die Realität nicht ändern können, müssen wir die Personalvorgaben verändern und flexibilisieren. Wir brauchen mehr Verantwortung und Vertrauen in Pflegekräfte und Unternehmen.

3. Gesetze nicht nur machen, sondern auch einhalten



Die Pflegekassen müssen die Leistungen der Pflegeanbieter so vergüten, dass ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist – tun sie aber nicht.

Die Länder müssen die Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen finanzieren – machen es aber nicht.

Die Kommunen müssen einspringen, wenn Pflegebedürftige ihren Eigenanteil nicht mehr aufbringen können – lassen sich damit aber mehrere Monate Zeit und verweigern die Bezahlung der tatsächlichen Kosten.

Dieses Dreigestirn der Gesetzlosigkeit trägt seinen Teil dazu bei, die Pflegeanbieter finanziell ausbluten zu lassen. Gesetzlich vorgeschriebene Zahlungen kommen gar nicht oder viel zu spät bei den Pflegeheimen an. Wenn nicht mal Länder und Kommunen ihre gesetzlichen Pflichten erfüllen, wer dann? Die Pflegeeinrichtungen brauchen jeden Euro, der ihnen zusteht, um sich in der Krise über Wasser zu halten. Zudem Pflegeheime keine Banken sind, die über Monate Geld vorstrecken können. Deshalb die eindringliche Forderung an Länder, Kommunen und Kassen: Haltet die Gesetze ein!

Die Debatte über die Altenpflege braucht mehr Realismus und weniger Wunschdenken. Dazu braucht sie den Mut, sich der schwierigen Realität zu stellen. Mit den beschriebenen Maßnahmen ließe sich die Altenpflege zumindest stabilisieren. Wenn nichts geschieht, droht ein Heimsterben mit gravierenden Folgen für die Pflegebedürftigen und ihre Familien.

Ihr Kontakt für weitere Fragen und Interviews



Pressestelle des Verbands:

Andrea Renatus

presse@arbeitgeberverband-pflege.de

Tel. 030 – 67 80 63 710

Arbeitgeberverband Pflege e.V.

Reinhardtstr. 3

10117 Berlin